



BLITZINFO

Februar 2018

Peinlicher Hilfeschrei von GÖD und Polizeigewerkschaft!

In einem „wichtigen Hinweis“ an alle Bediensteten sah sich die Polizeigewerkschaft im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft zur GÖD verpflichtet(?), einige „Dinge klar zu stellen“. Daraus wurde jedoch ein peinlicher Hilfeschrei für die Beibehaltung einer Monopolstellung.

Auslöser für das Schreiben der GÖD dürfte der Umstand sein, dass in den letzten Tagen **Dutzende Polizisten von der GÖD zur FEG gewechselt haben**, so wie es mittlerweile jedes Jahr **Hunderte** machen.

Dazu möchten wir unmissverständlich festhalten, dass wir zu den **Grundgedanken- und Prinzipien einer Gewerkschaft** stehen, jedoch nicht zu einer Interessensvertretung a' la GÖD, die uns Exekutivbedienstete jahrzehntelang **NOTDÜRFTIG bis FALSCH oder GAR NICHT** vertreten hat bzw. **LINKS LIEGEN** lässt.

Wir schreiben das bewusst so und meinen damit in erster Linie die **besoldungs- und pensionsrechtliche Stellung** eines Exekutivbediensteten und die jährlichen **Gehaltsverhandlungen** in einem Trog mit den restlichen Beamten.

Ohne Gewerkschaft geht es nicht, schon gar nicht bei uns Exekutivbediensteten. **Aber die Frage ist nicht ‚Gewerkschaft oder keine Gewerkschaft‘, sondern ‚Monopol oder Wahlmöglichkeit‘.**

Und die Kolleginnen und Kollegen sollen jetzt nach dem Aufruf der GÖD dieses Monopol auch noch unterstützen bzw. aufrecht erhalten?

Werte Funktionäre der GÖD:

Bitte nicht den Kolleginnen und Kollegen, dem Mitbewerber oder den privaten Rechtsschutzversicherungen **die Schuld für das Schrumpfen der Mitgliederzahlen in die Schuhe schieben**, son-

dern **die Fehler bei sich selber suchen**, einfach ganz ungewohnt **sich selber bei der Nase nehmen**.

Dann wird's auch wieder bei den Mitgliederzahlen.

Wir sind überparteilich.

steht schon im zweiten Absatz der GÖD-Hysterie.

Ja wer soll denn das bitte noch glauben? Oder ist für die GÖD der Begriff der Überparteilichkeit ein Ausdruck dafür, dass **keine anderen Fraktionen** als Rot und Schwarz **zugelassen** sind?

Fakten zum Rechtsschutz

Auszug aus dem Schreiben: *GÖD-Mitglieder erhalten unter den Voraussetzungen des **Rechtsschutzregulativs** des ÖGB ... Rechtsschutz.*

Dabei hat man natürlich keine Inhalte des Regulativs angeführt, wie zum Beispiel:

*-Der Rechtsschutz muss beantragt und bewilligt werden, es besteht daher nicht wie bei der FEG ein **Rechtsanspruch**.*

*-Der Rechtsschutz kann verweigert werden, wenn die Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung als **mutwillig** oder **aussichtslos** erscheint - die FEG hat keine **derartigen Ausschließungsgründe**.*

*-Mit der Antragstellung **unterwirft** sich der Rechtsschutzwerber **unbedingt***

*den Bestimmungen dieser Richtlinien— natürlich keine **Unterwerfung** bei der FEG.*

*-Im Disziplinarverfahren kann ein Rechtsanwalt nur **beigestellt** werden, wenn das antragstellende Organ **ausreichend begründet**, warum die Vertretung durch einen **Gewerkschaftsfunktionär** nicht möglich ist.*

Das Mitglied muss um einen Rechtsanwalt „betteln“ - nicht bei uns.

*... so ist beim Abschluss von Vergleichen, falls nicht alle Kosten durch den Vergleich gedeckt sind, die vorherige **Zustimmung** des Vorstandes einzuholen. Einen Vergleich gibt es also **nur mit Zustimmung der GÖD**.*

Die FEG mischt sich in ein Verfahren nicht ein.

Das von der GÖD im Schreiben angeführte Beispiel eines nicht durch den Rechtsschutz gedeckten Vorverfahrens trifft auf den Rechtsschutz der FEG nicht zu, **denn unser Paket enthält natürlich genauso den Ermittlungs-Rechtsschutz.**

Auch der Gewerkschaftsbeitrag der FEG kann **von der Steuer abgesetzt** werden und vermindert so die Lohnsteuer. **Jedes Mitglied erhält in der ersten Jännerhälfte automatisch eine Zahlungsbestätigung** zur Vorlage an das Finanzamt **zugestellt**.

Die vollständige Leistungsübersicht des Rechtsschutzes kann unter www.feg.at abgerufen werden.

Hat ein Mitglied des Zentralausschusses den „Standard“ absichtlich falsch informiert?

Diese Frage steht seit 15.02.18 im Raum, als in einem Onlineartikel des „Standard“ im Unterabschnitt „Konsternierte Gewerkschaft“ Unterstellungen verbreitet wurden, die in keiner Weise der Wahrheit entsprechen (siehe Faksimile rechts).

Die Personalvertreter der AUF/FEG sind weder wegen der Pferde beunruhigt noch haben sie Kritik am eigenen Exekutivdienstgesetz geübt. Daher wurden auch keine Schreiben, die solcherart Kritiken zum Inhalt haben, von „blauen“ Gewerkschaftern verabschiedet.

Konsternierte Gewerkschaft

Kickls Plan ist wild umstritten: Von teurer Symbolpolitik sprechen die einen, vor Tierquälerei warnen die anderen. **Auch die Personalvertreter sind beunruhigt – nicht nur wegen der Pferde**, aber auch. Der Zentralausschuss für die Bediensteten des öffentlichen Sicherheitswesens hat seine Kritik am Donnerstag in zwei Schreiben an den Minister zum Ausdruck gebracht.

Kritisiert wird einerseits Kickls Plan für ein eigenes Exekutivdienstgesetz, mit dem der Minister gerne spezielle dienstrechtliche Bestimmungen regeln würde. Andererseits beschwerten sich die Personalvertreter, dass Kickl nur via Medien mit Ankündigungen für Schlagzeilen zu sorgen versuche, ohne vorher mit den Belegschaftsvertretern zu reden – wie eben bei seiner Idee einer Reiterstaffel.

Die Schreiben wurden von roten, schwarzen und blauen Gewerkschaftern einstimmig verabschiedet. Sie fordern den Minister im Sinne der Sozialpartnerschaft auf, sie künftig rechtzeitig einzubinden. Seine Strategie, permanent mit Einzelvorstößen punkten zu wollen, sei "eine ganz neue Form", wie ein Funktionär meint.



MAIER Reinhold
HARTLIEB Franz
MAD Roland
Mitglieder bzw. Ersatz
des Zentralausschusses
Bediensteten des öffentl.
Sicherheitswesens bei
Bundesministerium für

Wien, am

An die
Redaktionsleitung des „Standard“
per Mail

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie veröffentlichten am 15.02.18 um 18.25 Uhr auf Ihrer Homepage den Artikel „Innenminister Kickl in München: Politik auf dem Rücken der Pferde“.

Im Abschnitt „Konsternierte Gewerkschaft“ stellen Sie unter anderem folgende Behauptungen auf:

„Auch die Personalvertreter sind beunruhigt – nicht nur wegen der Pferde - ...“

„Kritisiert wird einerseits Kickls Plan für ein eigenes Exekutivdienstgesetz - ...“

„Die Schreiben wurden von roten, schwarzen und blauen Gewerkschaftern einstimmig verabschiedet ...“

Diese Behauptungen sind unrichtig und entbehren jeder Grundlage.

Die Personalvertreter der AUF/FEG sind weder wegen der Pferde beunruhigt noch haben sie Kritik am eigenen Exekutivdienstgesetz geübt. Daher wurden auch keine Schreiben, die solcherart Kritiken zum Inhalt haben, von „blauen“ Gewerkschaftern verabschiedet.

Die unterzeichneten Personalvertreter der AUF/FEG ersuchen Sie daher, die falschen Behauptungen auf Ihrer Homepage unverzüglich zu entfernen bzw. richtig zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen:

Reinhold Maier eh.

Franz Hartlieb eh.

Roland MAD eh.

Abgesehen von der bewussten Falschinformation spiegelt sich die offengelegte Intelligenz des Vernaderers in Bezug auf die Kritik am EDG wider, wenn man sich vor Augen führt, dass der **Entwurf und die Initialzündung für ein Exekutivdienstgesetz von der AUF/FEG stammen.**

Die Mitglieder der AUF im Zentralausschuss haben den „Standard“ bereits schriftlich zu einer Richtigstellung des Artikels aufgefordert (siehe Faksimile links).

Gewisse Funktionäre der GÖD wollen offensichtlich nach **Jahrzehnten der Untätigkeit auf den EDG-Zug aufspringen** und sich auf Kosten anderer profilieren.

Die AUF/FEG schließt niemanden aus, nicht einmal die GÖD. Aber nur unter der Bedingung, dass Verhandlungen auf **AUGENHÖHE** geführt werden. Das steht uns zu!

Facebook für ALLE!

Die Personalvertreter der AUF/FEG haben den HBM für Inneres ersucht, den Onlinedienst **FACEBOOK** für **alle** Kolleginnen und Kollegen auf **allen BAKS-Geräten** freizuschalten.

Onlinedienste stellen nicht nur für Sondereinheiten oder Spezialsachbearbeiter eine wichtige Basis für polizeiliche Ermittlungen dar, sondern mittlerweile für alle Kolleginnen und Kollegen.

Daher erscheint eine Beschränkung des Zuganges für die Erledigung unseres breit gefächerten Arbeitsbereiches mehr als kontraproduktiv.

W-Lan für alle Dienststellen

Bezüglich der Ausstattung **aller Dienststellen mit WLAN** hat das BMI mitgeteilt, dass derzeit bereits verschiedene Lösungsmöglichkeiten partiell erprobt werden. Die dabei gewonnenen Erfahrungen fließen in eine konkrete Lösungsmöglichkeit ein, damit eine zeitnahe Entscheidung für eine flächendeckende Umsetzung erzielt werden kann.

2100 effektiv zusätzliche Planstellen

Wie bereits in den Regierungsverhandlungen vereinbart erhält die Polizei in den nächsten Jahren **2100 Planstellen zusätzlich** und weitere **2000 Neuaufnahmen** sollen die Pensionsabgänge ersetzen.

Ein wichtiger Schritt ist auch die Schaffung von **Ausbildungsplanstellen** für die Polizeischüler.

Langjährige Forderungen der AUF/FEG gehen damit endlich in Erfüllung.

Um die geplanten Neuaufnahmen bewältigen zu können, werden bereits mehrere BZS-Standorte erweitert bzw. neu errichtet.

KOMMENTAR von BULLI



Es tut soooo weh!

Jetzt weiß ich es mit Bestimmtheit: Ein plötzlicher Machtverlust und der Mitgliederschwund tun **soooo weh**.

Wir werden uns aber nicht dafür entschuldigen, dass AUF und FEG die bessere Vertretung des Personals und das bessere Gewerkschaftspaket anbieten.

Aber wir von der AUF/FEG sind bereit, uns für unsere **Unwissenheit** zu entschuldigen.

Wir haben nicht gewusst, dass es der GÖD und der Polizeigewerkschaft in 40 Jahren nicht möglich ist, ein Exekutivdienstgesetz oder bessere Pensionsbestimmungen für uns Polizisten zu erreichen. Dieser Zeitrahmen war einfach zu kurz.

Wir haben auch nicht gewusst, wie schwer es ist bei der (eigenen) Regierung eine Nulllohnrunde durchzusetzen, und das mehrmals.

Gottseidank hat die GÖD der letzten Besoldungsreform zugestimmt, dass uns bei den Gehaltsstufen ein Jahr weggenommen wird, da fühlt man sich gleich um einiges jünger.

Wir sind natürlich auch dafür, dass die Funktionäre der Polizeigewerkschaft vom BMI über die laufenden Projekte informiert werden. Dann müssen sie nicht mehr bundesweit Gerüchte über irgendwelche angeblich angedachte Grausamkeiten streuen.

Natürlich haben wir ein gewisses Verständnis für das Vorgehen der Polizeigewerkschaft, wenn man bedenkt, dass in den letzten Tagen **Dutzende Polizisten von der GÖD zur FEG gewechselt** haben.

Trotz allem: Wir von der AUF/FEG sind auch in Zukunft für eine friktionsfreie Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen bereit. Wir sind gewillt abzuwarten, bis die Schmerzen nachlassen, verspricht euer

BULLI

Du hast das App noch nicht? Einfach den entsprechenden QR Code scannen, installieren und loslegen...

